

16. Kongress zur urbanen Sicherheit

Die jährliche öffentliche Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) fand am 7. September in Zürich statt. Das Ziel der eintägigen Veranstaltung ist die Vernetzung sowie der Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Behördenmitgliedern der Bereiche Soziales und Sicherheit in Schweizer Städten.

TEXT UND FOTO: MICHELLE GUILFOYLE

«Urban» – zur Stadt gehörend

Die Bevölkerung in den Schweizer Städten ist einem stetigen Wandel unterworfen. Gemäss Statistiken ist die Schweiz eines der Länder mit den höchsten Ausländeranteilen. Nebst den politischen Debatten betrifft diese Thematik ganz klar auch die Polizeiarbeit. Sei es aufgrund sprachlicher Barrieren, der Ausübung einer anderen Religion oder weil die Personen aufgrund ihrer Herkunft oder des Durchlebten ein anderes Verhältnis zu Normen und zum Staat haben. Für einen repräsentativen Meinungsaustausch zu dieser Thematik lud der Veranstalter, nebst politischen und juristischen Spezialisten, auch Vertreter des Instituts Neue Schweiz (INES) ein. Hierbei handelt es sich um eine Bewegung aus Bern, welche sich für die Interessen der Einwanderungsgesellschaft der Schweiz einsetzt. In diversen Vorträgen bezogen die Teilnehmer Stellung zu ihren Standpunkten. Im abschliessenden Podiumsgespräch am Ende des Tages führten die Teilnehmer hitzige Diskussionen. Die unterschiedlichen Meinungen und Interessen waren deutlich spürbar und unsere Verbandspräsidentin Johanna Bundi Ryser setzte sich mit Herzblut für die Schweizer Polizistinnen und Polizisten an der Front ein.



Diskussionspanel mit dem Vertreter des Instituts Neue Schweiz, Halua Pinto de Magalhaes, unserer Verbandspräsidentin Johanna Bundi Ryser und Baschi Dürr, dem Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt.

Faire und effektive Polizeiarbeit

Polizeiliche Kontrollen sind unter anderem dazu da, das Sicherheitsempfinden der Gesellschaft zu stärken. Denn es handelt sich hierbei um jenes Mittel der Polizei, welches von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und dadurch präventive Aspekte beinhaltet. Gleichzeitig greifen Verkehrs- und Personenkontrollen in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Ein offener und konsensorientierter Dialog stärkt das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Schweizer Polizei. Durch die Erklärung der Rolle der Beamtinnen und Beamten und ihres klaren gesetzlichen Auftrags beugt man Fehlschlüssen vor und schliesst unrealistische Erwartungen an die Polizei aus.

Runder Tisch – Tafelrunde der Neuzeit

Überall in der Schweiz kämpfen Menschen für mehr Freiraum, klagen über Repressionen, Nulltoleranz und fürchten das Aussterben der Ausgangskultur. Was einst König Arthur zur Vermeidung von Streitigkeiten unter seinen Rittern einfuhrte, hat sich in vielen Städten der Schweiz als gutes Mittel zur Konsensfindung bewährt. Die symbolische Sitzordnung des runden Tisches wird eingesetzt, um zwischen den Vertretern unterschiedlicher Interessen eine Einigkeit zu finden. Durch den unparteiisch moderierten Dialog können die differenzierten Sichtweisen dargelegt werden. Dadurch findet ein Informationsaustausch statt und das gegenseitige Verständnis der unterschiedlichen Interessen wird gefördert. Damit eine Konfliktbewältigung stattfinden kann, ist die Konsensbereitschaft aller Beteiligten vorausgesetzt.

Jacopo Rivara, Mediation im Polizeibereich

Organe de médiation de la police (OMP), Genf

«Als Vermittler zwischen der Polizei und der Gesellschaft versuche ich Missverständnisse aus der Welt zu schaffen. Eine Polizeikontrolle ist für alle Involvierten unangenehm. Es ist darum wichtig, sich die unterschiedlichen Aspekte zwischen den Beteiligten gegenseitig näherzubringen. Eine Kontrolle und somit ein Eingriff in die Bewegungsfreiheit ist für alle Einbezogenen eine stressbeladene Situation. Die häufigsten Missverständnisse basieren hierbei nebst ethischen Fragen auf der Kommunikation. Teile der Bevölkerung haben eine falsche Vorstellung der Polizeiarbeit.»

Rassismus – Perspektiven einer Schweiz mit Migrationsvordergrund

Rassismus ist für andersfarbige Menschen in europäischen Städten gemäss deren Angaben ein allgegenwärtiges Thema. Die muslimische Feministin Fatima Moumouni formulierte hierfür einen provokanten Poetry Slam über Hautfarben und Vorurteile über diese. Der aufgestellten Künstlerin und dunkelhäutigen deutschen Staatsangehörigen, welche in Zürich Sozialanthropologie, Philosophie und Volkswirtschaft studiert, sind Erfahrungen mit der Polizei durchwegs negativ in Erinnerung geblieben. Sie schildert rassistische Äusserungen und unflätiges Verhalten von Polizistinnen und Polizisten gegenüber ihrer Person. Bildlich beschreibt sie Situationen, wobei sie bei einer Kontrolle am Hals gepackt worden sei oder eine unbegründete Ganzkörpervisitation auf einer Polizeiwache über sich ergehen lassen musste. Ihr eigenes Verhalten während der polizeilichen Massnahmen liess sie hierbei offen. Sie ist Mitglied des Instituts Neue Schweiz (INES) und gemäss ihren Aussagen gehören diskriminierende Kontrollen durch die Polizei bei ethnischen Minderheiten zur alltäglichen Diskussionsthematik. Verknüpfung von Vorurteilen und Unwissenheit sei der Grund hierfür. Somit sei der Dialog zwischen den Parteien von grosser Wichtigkeit. Zusammen mit dem Rechtssoziologen Tarek Nanguib beschreibt sie die Wechselwirkungen zwischen der Rechtsordnung und der von ihnen beiden wahrgenommenen sozialen Wirklichkeit.

